

Vorlage Nr. 18/0019

Federf. Stadamt: Amt für Integration und Sport

Vorlage für den	Berichterstatter	Zuständigkeit	Sitzung am	Punkt
Integrationsrat	Rainer Weichelt Erster Beigeordneter	Kenntnisnahme	31.01.2018	4

öffentliche Sitzung

Betrifft:

Pläne der neuen Landesregierung zur Abschaffung des Integrationsrates als Pflichtgremium

Begründung:

(ggf. zusätzlich)

Durch das am 01.07.2009 in Kraft getretene Gesetz zur Förderung der politischen Partizipation in den Gemeinden wurden grundlegende Änderungen des § 27 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) – Integration – beschlossen. Daraufhin stimmte der Rat der Stadt Gladbeck in seiner Sitzung am 24.09.2009 der Einführung eines Integrationsrates zu. Der erste Integrationsrat wurde am 07.02.2010 gewählt.

Mit Inkrafttreten der Änderung der Gemeindeordnung am 20.12.2013 wurde beschlossen, dass die Wahl der Mitglieder des Integrationsrates am Tag der Kommunalwahl stattfindet (§ 27 Abs. 2 Satz 3 der Gemeindeordnung NRW - GO), so dass am 25.05.2014 parallel zu den Kommunalwahlen 14 Kandidatinnen und Kandidaten von Migranten direkt in den Integrationsrat gewählt wurden. Vom Rat wurden sieben Ratsmitglieder für den Integrationsrat bestimmt. Die Wahlzeit beträgt regulär fünf Jahre. Die nächste Integrations- und Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen findet im Herbst 2020 statt.

Der Integrationsrat kann sich mit allen Angelegenheiten der Gemeinde befassen. Er soll sich insbesondere mit den Problemen beschäftigen, die sich aus dem Zusammenleben von Menschen verschiedener kultureller Herkunft ergeben.

Mitzeichnungen					
Bürgermeister:	Erster Beigeordneter:	Stadtkämmerer:	Beigeordnete	Stadtbaurat:	Rechtsamt:
Datum: _____	Datum: _____	Datum: _____	Datum: _____	Datum: _____	Datum: _____

Zahl der erforderlichen Protokollauszüge: _____

Auf Antrag des Integrationsrates ist eine Anregung oder Stellungnahme dem Rat der Stadt oder einem Ausschuss vorzulegen. Er soll zu Fragen, die ihm vom Rat, einem Ausschuss oder vom Bürgermeister vorgelegt werden, ebenfalls Stellung nehmen.

1. Aktuelle Überlegungen:

Zukünftig streben CDU und FDP laut Koalitionsvereinbarung vom 26.06.2017 an, kommunale Integrationsräte in Nordrhein-Westfalen als Pflichtgremium abzuschaffen. Es soll die Entscheidung der Kommunen sein, einen Integrationsrat oder einen Integrationsausschuss einzurichten. Es soll auch möglich werden, überhaupt keine gewählte Vertretung der Migrantinnen und Migranten in den Kommunen mehr zuzulassen. Nach der Landtagswahl am 14.05.2017 ist in den Koalitionsvertrag zwischen CDU und FDP folgendes zu „Integrationsräten“ aufgenommen worden: „Wir werden die Kommunen von der Pflicht entbinden, Integrationsräte vor Ort einzurichten. Wir wollen, dass die Kommunen selbst entscheiden, ob ein solches Gremium oder ein Integrationsausschuss erforderlich ist oder nicht. Nur ein solches Optionsmodell wird der konkreten individuellen Situation vor Ort tatsächlich gerecht.“

Vom Städte- und Gemeindebund NRW wird die Aussage grundsätzlich begrüßt. Allerdings ist nach seinen Angaben zu berücksichtigen, dass es in vielen Kommunen über Jahrzehnte arbeitende Integrationsräte gibt, die wertvolle Arbeit vor Ort leisten.

Nach einem Bericht des Landesintegrationsrates zur Hauptausschusssitzung am 21.10.2017 in Gelsenkirchen hat der zuständige Minister, Herr Dr. Joachim Stamp, MdL (FDP), zu Beginn seines Vortrages in der Hauptausschusssitzung eingeräumt, dass der Koalitionsvertrag bezüglich „Integrationsräte“ missverstanden werden könne. Die Landesregierung verfolge jedoch keineswegs den von den Integrationsräten kritisierten Plan, die Kommunen von der Pflicht zu befreien, ein Vertretungsgremium einzurichten. Vielmehr soll die „Arbeit und Mitbestimmung vor Ort verbindlicher“ werden. Er hat unterstrichen, dass die Integrationsräte ihre Arbeit auch in Zukunft fortsetzen können, wenn dieser Wunsch besteht. Allerdings soll mit einem Integrationsausschuss eine „verbindlichere Alternative“ für die Kommunen ermöglicht werden. Dieses Gremium soll im Gegensatz zu den Integrationsausschüssen, die von 2009 bis 2014 in einigen NRW-Kommunen existierten, echte Beschlussrechte besitzen. Grundsätzlich betonte der Minister, dass die Gremien mit einem „echten“ Beschlussrecht gestärkt werden sollen. Er signalisierte außerdem seine Bereitschaft, dazu seinen Vorschlag im Landesintegrationsrat NRW zur Diskussion zu stellen.

2. Die Arbeit des Integrationsrates in Gladbeck:

Der Integrationsrat der Stadt Gladbeck gestaltet das Zusammenleben in der Kommune aktiv mit. Er setzt wichtige Impulse und hat sich in den zurückliegenden Jahren in 45 Sitzungen mit 82 Themen befasst und dabei beachtliche Erfolge erzielt:

Resolutionen:

- Situation der von einer Abschiebung bedrohten Flüchtlinge aus dem Kosovo
- Appeltatenfest 2011
- Rechtsextreme, terroristische Morde und Anschläge der letzten Jahre
- Elektronischer Aufenthaltstitel für Ausländer sowie
- Interkommunale Zusammenarbeit im Bereich Ausländerwesen, Zentralisierung der Ausländerbehörden
- Verabschiedung einer Resolution zum Muezzin-Ruf der DITIB-Moscheegemeinde
- Für Toleranz und Vielfalt
- Für ein friedvolles Miteinander
- Zuschauerverhalten bei den Fußball-Hallen-Stadtmeisterschaften 2017
- Verfassungsreferendum in der Türkei am 16. April 2017
- Afghanische Schutzsuchende in Gladbeck

Inhaltliche Themen:

- Verabschiedung einer Geschäftsordnung und von Richtlinien für die Mittelvergabe zur Förderung der Migrations- und Integrationsarbeit in Gladbeck
- Erarbeitung und Durchführung des Integrationskonzeptes Brauck
- Rassismuskorrekturen bei der Freiwilligen Feuerwehr
- Ratsbürgerentscheid zum Umbau der B224 zur A52
- Kommunales Wahlrecht für alle Migrantinnen und Migranten
- Glücksspiel und Migranten (mit Erstellung eines Informationsflyers und Ausweitung des Themas auf den Landesintegrationsrat)
- Interkulturelle Öffnung der Verwaltung
- Familienberichterstattung (mit dem Ergebnis der Verbesserung der Bildungsmöglichkeiten für ausländische Kinder)
- Durchführung einer Gedenkveranstaltung für die Opfer des Brandanschlags von Solingen im Jahr 1993
- Einrichtung von Gebetsräumen des islamischen Kulturvereins Gladbeck e. V. in der ehemaligen Taubenhalle an der Haldenstraße
- Sprachstand von Einschulungskindern
- Unterbringung von Kindern in Pflegefamilien
- Ramazanfest

- Einrichtung eines Kommunalen Integrationszentrums für den Kreis Recklinghausen sowie des Büros für interkulturelle Arbeit in Gladbeck (nach Wegfall der RAA)
- Unterbringungssituation von Asylbewerbern
- Gesetzesentwurf zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes
- Vortrag zum Thema Salafismus/gewaltbereiter Salafismus
- Vorstellung des Vereins Sport für betagte Bürger (SfbB Gladbeck)
- Bewegte und gesunde Stadtgesellschaft - Bewegungsangebote für junge Mädchen in Brauck - ein Beispiel für vorbildliche Kooperation im Sport
- Bericht der Jugendgerichtshilfe
 - a) Organisation und Struktur
 - b) Bericht zur Aufgabenwahrnehmung durch die Jugendgerichtshilfe Gladbeck
- Unterstützung der Initiative „Flüchtlingsdorf Ruhrgebiet“ durch Kauf eines Wohncontainers
- Gladbecker Bildungsvereinbarung zur sprachlichen Bildung von Kindern im Alter von 0 - 10 Jahren
- Vorstellung des Ergebnisses der Kundenbefragung in der Ausländerbehörde, die von den Kunden sehr gut bewertet wurde
- Islamunterricht an Gladbecker Schulen
- Vorstellung des Alevitischen Kulturvereins Gladbeck e. V.
- Vorstellung der Justizvollzugsanstalt Gelsenkirchen
- Energieeinsparung - Ein Thema für alle
 - Hier: Beratungen zur Energieeinsparung für Haushalte mit Migrationshintergrund
- Flüchtlinge/Asylbewerber in Gladbeck
 - a) Sachstandsbericht
 - b) Medizinische Regelversorgung für Flüchtlinge und Asylsuchende
- Älter werdende migrantische Bevölkerung in Gladbeck

Projekte:

- Projekt Stadtmitte, familienfreundliche Innenstadt
- Vorstellung des Projektes „Balu und Du“, Integrationsprojekt des Büros für interkulturelle Arbeit
- Lokale ethnische Ökonomie
- Bildungsprojekt Uhlandschule
- Integration durch Sport (Deutscher Olympischer Sportbund)
- Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus
- „Komm auf Tour“
- Schwerpunkt – Kitas, Sprache und Integration
- Programme „Rucksack Schule“ und „Rucksack Kindergarten“
- Gladbecker Lesetage
- Projektes „Wegweiser“
- Projekt: „Feuerwehrensache“
- Gladbecker Bündnis für Familie – Erziehung, Bildung, Zukunft
- Projekt „Sprechzeit“

- Stärkung und Motivation von Jugendlichen zur Ausbildung durch eine Besichtigung der Fa. Klingenburg – Förderprojekt des Integrationsrates im Jahr 2015 -
- Psychomotorik für Eltern mit Kindern im Alter von 8 Monaten bis zum 3. Lebensjahr unter besonderer Berücksichtigung der Integration aller Eltern mit und ohne Migrationshintergrund - Förderprojekt des Integrationsrates im Jahr 2016 -
- Energieberatungsangebote für Haushalte mit Migrationshintergrund
- Projekt zur Verbesserung der sozialen Eingliederung von neuzugewanderten EU-Bürgern/-innen, deren Kindern sowie Wohnungslosen und von Wohnungslosigkeit bedrohten Personen
- Konflikte lösen, Zusammenleben stärken – Vorstellung des Schiedsamtes
- Schach macht schlau! Förderprojekt des Integrationsrates im Jahr 2016
- Förderanträge zur Bezuschussung von Projekten und Veranstaltungen in der Migrations- und Integrationsarbeit in Gladbeck
- NRW-Initiative „Kurve kriegen“ – Frühe Hilfe statt späte Härte
- Gegen Rassismus: „Heisenberg ist bunt“
Hier: Förderprojekt des Integrationsrates im Jahr 2015
- Vorstellung des Bundesprogrammes „Kita-Einstieg – Brücken bauen in frühe Bildung“
- Sprache als Schlüssel für erfolgreiche Integration

Einrichtungen, die sich dem Integrationsrat vorgestellt haben:

- Jobcenter
- Flüchtlingsarbeitskreis
- Gesundheitsamt Recklinghausen
- Anti-Rassismus Informationszentrum NRW (ARIC-NRW)
- Internationales Mädchenzentrum
- Gladbecker Kinderzimmer
- ELNet Bleiberecht Emscher-Lippe
- Martin-Luther-Forum
- Bildungs- und Begegnungszentrum
- DITIB Moscheegemeinde, Wielandstraße
- Jordan-Mai-Schule Gladbeck, Schulleiter Herr Brieler-Joedeke
- Islamische Gesellschaft Milli Görus Ravza Moschee, Steinstraße 70
- Vorstellung des Internationalen Mädchenzentrums – Information zur Anerkennung des Vereins „Internationales Mädchenzentrum e. V.“
- Deutsche Rentenversicherung-Westfalen – Rentenberatung
- Vorstellung der Jüdischen Gemeinde Gelsenkirchen
- Bericht des DRK-Kreisverbandes Gladbeck e. V.
- Vorstellung der Caritaswerkstätten Gladbeck

Finanzielle Auswirkungen:

keine

folgende

Ergebnisrechnung

Ertrag	€
einmalig	
jährlich	

Aufwand	€
einmalig	
jährlich	
<i>darin enthalten:</i>	
Personalaufwand	
Sach- und Dienstleistungen	
Transferaufwand	

investiver Finanzplan

Einzahlung	€
einmalig	
jährlich	
<i>darin enthalten:</i>	
Zuschüsse	
Beiträge Dritter	

Auszahlung	€
einmalig	
jährlich	

Haushaltsmittel stehen:

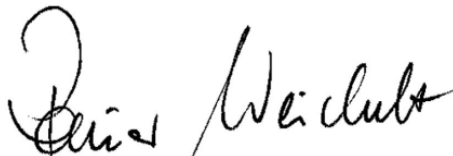
zur Verfügung

nicht zur Verfügung

Beschlussentwurf:

Der Integrationsrat nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Der Bürgermeister
i. V.



Rainer Weichelt
Erster Beigeordneter

In der Sitzung des

- Integrationsrates
- Rates
- Haupt- und Finanzausschusses

am _____ (nicht - öffentlicher Teil) wurde wie folgt beschlossen: